

Die heutigen Parlamentsbeschlüsse zu Deutschförderklassen und Schulschwänzen sind für Pflichtschulen nicht zielführend.

Utl.: Wiener Gewerkschaftsfraktion setzt erste Maßnahme: Eine Petition von 2500 besorgten Wiener Lehrer/innen an Minister Faßmann wurde überreicht. =

Wien (OTS) - „Die Regierung hat eine Initiative ins Parlament eingebracht, ohne mit den Schulpartnern im Vorfeld darüber Gespräche zu führen. Und so schauen die neuen Projekte auch aus“, erklärt Thomas Bulant, Lehrer, Gewerkschafter und SLÖ-Vorsitzender. „Den vernichtenden Kritiken im Begutachtungsprozess folgte heute beim Expertenhearing eine Absage an die Regierungsprojekte aus sprachwissenschaftlicher und schulorganisatorischer Sicht. Die türkise ÖVP hat aber wie beim Rauchverbot in der Gastronomie mit Mehrheit besiegelt: Nicht die Menschen in den Schulen, sondern der Koalitionspartner FPÖ muss Recht bekommen.“ Thomas Bulant erwartet nun Reaktionen der Elternvereine, der Personalvertretung und Gewerkschaft, die in einer konstruktiven Begutachtung bereits eine Nachdenkpause von einem Jahr gefordert hat.

Als erste Protestmaßnahme übermittelte Karin Medits-Steiner, Personalvertreterin der Wiener Landeslehrer/innen, und Thomas Bulant heute dem Ministerium 2500 Unterschriften Wiener Lehrkräfte. In deren Petition beklagen sie die Streichung von Sprachförderlehrer/innen, Schulsozialarbeiter/innen und interkulturellen Teams. Damit Integration in den besonders belasteten Klassen der Ballungsräume gelingen könne, seien unter anderem zusätzliche Ressourcen für Integrationsmaßnahmen und Doppelbesetzungen in Volksschulklassen notwendig. „Durch das neue Sprachfördersystem wird genau das Gegenteil von Integration und Spracherwerb erreicht. Oder wo liegt in Deutschförderklassen mit bis zu 25 Kindern, in der Reduktion des Personals um fast 50 % und in der Stundenkürzung bei Förderkursen eine Effizienzsteigerung?“, fragt Bulant.

Zur Neuregelung des Schulschwänz-Paragrafen meint Bulant: „Wenn Pflichtschüler der Schule ferne bleiben, tun sie das zumeist entschuldigt. Nicht sozial oder psychisch bedingte Schulverweigerer, sondern jene Schüler, die aufgrund günstigerer Flüge und Urlaubsangebote in der Nebensaison, religiöser Feste oder der Verlängerung von Ferien im Unterricht fehlen und im Nachhinein aus

gesundheitlichen Gründen entschuldigt werden, führen die Schulpflicht ad absurdum. Dieses entschuldigte Fehlen war mit den bisherigen Maßnahmen nicht in den Griff zu bekommen. Die nun geplante zwingende Strafanzeige nach drei Tagen unentschuldigter Absenz wird daran nichts ändern. Kopfweh, Zahnschmerzen und Übelkeit werden zunehmen.“ Bulant abschließend: „Wenn ich nun unabhängig von der Ursache nach drei Tagen den Strafantrag stellen muss, ist kein soziales oder psychisches Problem eines Schülers gelöst, mir als Lehrer aber eine bürokratische Mehrarbeit über neun Jahre sicher. Den Schulen wird die bisherige Autonomie genommen, Fristen und Maßnahmen auf den individuellen Fall abzustimmen.“

~

Rückfragehinweis:

MMag. Dr. Thomas Bulant
Vorsitzender des SLÖ
Löwelstraße 18, 1010 Wien
Vorsitzender der FSG in der PflichtschullehrerInnengewerkschaft
Schenkenstraße 4 / 5. Stock, 1010 Wien
M: thomas.bulant@apsfsg.at
H: 0699 1 9413999

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/2108/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0207 2018-05-08/16:00

081600 Mai 18

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20180508_OTS0207